

FORUM

Aktuelles aus der dbb frauenvertretung Hessen

Ausgabe Oktober/November 2007

„Alles, was imponieren soll,
muss Charakter haben.““

Goethe

- **Reform der Pflegeversicherung**
- **Aktuelles Seminarangebot des dbb Hessen in 2008**
- **Stresssyndrom: Fehlende Nachtruhe**
- **Elternzeit auch attraktiv für Väter**
- **Familienbewusste Personalpolitik – beide Seiten profitieren**
- **Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wählt Vorsitzende**

Reform der Pflegeversicherung

Das Bundeskabinett hat eine Reform der Pflegeversicherung beschlossen. Der Gesetzentwurf sieht höhere Pflegesätze vor, eine Anhebung der Leistungen für Demenzkranke und ein bundesweites Netz von Beratungsstellen. Wer kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren muss, hat Anspruch auf zehn unbezahlte freie Arbeitstage.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können zudem eine sechsmonatige Auszeit ohne Lohnersatz nehmen. Im Dezember 2005 waren 2,13 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI), die Mehrheit (68 Prozent) waren Frauen.

Quelle: www.vernetzungsstelle.de

Seminarangebot des dbb Hessen für 2008

Auch für das Jahr 2008 hat der Bildungsdienst des dbb Hessen in Kooperation mit der dbb akademie wieder ein sehr interessantes und aktuelles Seminarprogramm für Sie erstellt. Dies geben wir Ihnen bekannt. Die Detailinhalte sowie die Anmeldemöglichkeit erhalten Sie im Internet unter www.bildungsdienst.dbbhessen.de.

Seminare 2008 des dbb Hessen in Kooperation mit der dbb akademie
--

Seminar	Thema	Kosten	Seminarleitung
<u>B 033/08</u> 26.02.-28.02.08	Tarif- und Arbeitsrecht	73 €	Georg Bast
<u>B 051/08</u> 12.-13.03.08	Mitarbeitergespräche für Beschäftigte des <i>mittleren Dienstes/ und BAT</i>	52 €	<i>dbb akademie</i>
<u>055/08</u> 17.-19.03.08	Kommunikation: Verhandlungsführung und Kooperation	73 €	dbb akademie
<u>B 105/08</u> 01.06.-03.06.08	Beamten-, Dienst- und Versorgungsrecht	73 €	Ute Wiegand- Fleischhacker
<u>B 133/08</u> 19.-21.08.08	Sozialpolitik	73 €	Ute Wiegand- <i>Fleischhacker</i>
<u>B 183/08</u> 28.10. -30.10.08	Presse- und Öffentlich- keitsarbeit	73 €	Thomas Müller
<u>B 194/08</u> 11.-13.11.08	Digitale Bildbearbeitung	73 €	dbb akademie
<u>G 024/08</u> 30.- 31.05.08	Mitgliederwerbung, Mitgliederbetreuung und Mitgliederaktivierung <u>Tagungsort: Hohenroda</u>	76 €	Ute Wiegand- Fleischhacker
<u>P 034/08</u> 21.02.-22.02.008	<i>Personalräteschulung für</i> <u>Wahlvorstände</u> <i>Kostenübernahme durch die Dienststelle</i>	160 €	<i>Dieter Hessler</i>
<u>P 047/08</u> 12.08.-14.08.08	Personalräte Grundschulung <u>Kostenübernahme durch die Dienststelle</u>	320 €	Dieter Hessler
<u>P 056/08</u> 17.09.-19.09.08	<i>Personalräte</i> <i>Grundschulung</i> <i>Kostenübernahme durch die Dienststelle</i>	320 €	<i>Dieter Hessler</i>

P 064/08

04.11.-06.11.08 Personalräte Grundschulung 320 € Dieter Hessler
Kostenübernahme durch die Dienststelle

P 069/08

03.12.-05.12.08 Personalräte 320 € Dieter Hessler
Grundschulung
Kostenübernahme durch die Dienststelle

Stresssyndrom: Fehlende Nachtruhe

Wer nachts weniger als sieben Stunden schlafte, solle sich sorgen statt zu prahlen. Denn bei regelmäßigem Schlafmangel drohe Herzinfarkt und ein früherer Tod.

Menschen, die sich damit brüsten, wie wenig Schlaf sie brauchen, bezeichnet Jürgen Zulley als „Kurz-Schlaf-Machos“, die genauso ungesund leben wie Raucher.

Dass Schlafmangel alles andere als gesund sei, belege eine Studie des britischen Forscherteams um Francesco Cappuccio von der Universität in Warwick. Die Wissenschaftler hatten mehr als 10 000 Probanden Mitte der 80er- und Anfang der 90er-Jahre zu ihren Schlafgewohnheiten befragt und seien zu einem erschreckenden Ergebnis gekommen: Zu kurzer Schlaf steigere das Herzinfarkttrisiko und könne zu einem früheren Tod führen.

Den Grund hierfür lieferten vermutlich die Hormone. Denn fehlende Nachtruhe löse im Körper ein Stresssyndrom aus, so Zulley. Der Körper schütte vermehrt das Stresshormon Cortisol aus, der Blutdruck klettere in die Höhe und Fett werde angespart. Dadurch steige das Risiko für Zuckerkrankheit und Herzinfarkt.

Für Schlafforscher Zulley sei die richtige Menge Schlaf genauso individuell wie die Schuhgröße eines Menschen. Dies müsse als Grundvoraussetzung für die Gesundheit erkannt werden. Wer schlecht schlafte, dem rät Zulley, abends früher und leichter zu essen und nicht zu lange im Bett zu bleiben.

Bei chronischer Übermüdung raten Forscher schon seit längerem zu einem kurzen Nickerchen zwischendurch. Denn nach einer Nasa-Studie ist ein Leistungstief biologisch vorprogrammiert. In Japan und den USA sind Ruheräume am Arbeitsplatz nichts Ungewöhnliches. In Deutschland wird diese Einrichtung bisher nur von wenigen Firmen geboten.

Aber auch zu viel Schlaf könne schädlich sein. So zeigte die britische Studie, dass sich das Risiko eines früheren Todes bei Menschen, die mehr als acht Stunden schliefen, ebenfalls verdoppelte. Allerdings weniger aus Herzensgründen als vielmehr als Folge einer anderen Erkrankung.

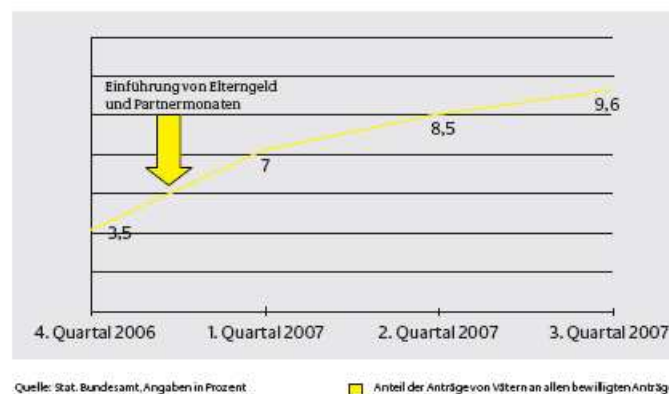
Quelle: University of Warwick

Elternzeit auch attraktiv für Väter

Nach nur neun Monaten des Jahres 2007 wurden bereits 387.000 Elterngeldanträge bewilligt. Jede zehnte Bewilligung geht an einen Vater. Das ergibt sich aus der Elterngeldstatistik für das dritte Quartal 2007. "Die Väter aus Berlin und Bayern geben bundesweit das Tempo vor, wenn es darum geht, sich aktiv bei der Erziehung ihrer Kinder einzubringen", so Ursula von der Leyen über die jetzt veröffentlichten Zahlen zum Elterngeld. In Berlin haben im dritten Quartal dieses Jahres 12,4 Prozent der Väter Elterngeld beantragt, in Bayern 11,2 Prozent. Das sind mehr als drei Mal so viele Väter wie vor der Einführung des Elterngeldes am 1. Januar - damals nahmen nur 3,5 Prozent der Väter Elternzeit.

Nach dem ersten Dreivierteljahr haben nun im Bundesdurchschnitt 9,6 Prozent aller Väter Elterngeld beantragt. "Wir sehen, dass das Elterngeld immer mehr Wirkung entfaltet und den richtigen Ansatz verfolgt. Immer mehr Väter trauen sich zu, Zeit für ihre Kinder zu nehmen, weil ihr Einkommen nicht komplett weg bricht und das Gesetz ihnen bei ihren Arbeitgebern den Rücken stärkt", erklärt Ursula von der Leyen zur aktuellen Elterngeldstatistik des Statistischen Bundesamtes. Im ersten halben Jahr 2007 wurden 313.079 Kinder geboren. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 313.896 Kinder, also 0,2 Prozent mehr. Doch die Zahl der Frauen zwischen 15 und 45 Jahren hat von 1996 bis 2006 um 0,9 Millionen abgenommen. "Tatsache ist, dass es durch den Geburtenrückgang der vergangenen 30 Jahre heute ganze Müttergenerationen fehlen, die Kinder bekommen können. Entscheidend ist, dass junge Frauen sich jetzt wieder öfter für ein Leben mit Kindern entscheiden und deshalb die Anzahl der Kinder pro Frau, also die Geburtenrate, wieder ansteigt", so die Ministerin. Zwei Drittel der Väter, die Elterngeld beantragt haben, erhält ein einkommensabhängiges Elterngeld. "Diese Väter treten ganz bewusst im Beruf kürzer, um Zeit für ihr Kind zu haben", so von der Leyen. 57 Prozent der Väter, die Elterngeld in den ersten neun Monaten beantragt haben, nehmen zwei Monate in Anspruch. "Allen anderen ist das noch nicht genug. Sie wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen", erklärt von der Leyen. Knapp ein Viertel der Väter nimmt eine Zeit zwischen drei und elf Monaten in Anspruch. Jeder Fünfte möchte für zwölf Monate aus dem Beruf aussteigen bzw. seine Arbeitszeit reduzieren. Die Mütter beantragen zu 86 Prozent für ein ganzes Jahr das Elterngeld.

Elternzeit: Attraktiv auch für Väter



i

Quelle: Pressemeldung des Bundesfamilienministeriums vom 14.11.2007 (www.bmfsfj.de)

Familienbewusste Personalpolitik – Beide Seiten profitieren

Die Broschüre „Familienbewusste Personalpolitik – Informationen für Arbeitnehmervertretungen, Unternehmens- und Personalleitungen“ informiert darüber, warum sich familienbewusste Personalpolitik lohnt, und warum sie ein Thema für Unternehmen und Personal- oder Arbeitnehmervertretungen ist. Darüber hinaus enthält sie einen Fahrplan zur Einführung betrieblicher Regelungen.

Die Broschüre steht im Internet unter www.bmfsfj.de/Publikationen/Familie zum Download oder zur Bestellung bereit.

Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes wählte Vorsitzende

Auf seiner ersten, konstituierenden Sitzung hat der Beirat der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Ende Oktober 2007 die langjährige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, Dr. Barbara John, zu seiner Vorsitzenden gewählt.

Der Beirat berät die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, welcher nach dem im August 2007 in Kraft getretenen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) einzurichten war, stellt den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen her, die sich den Schutz vor Benachteiligungen zum Ziel gesetzt haben.

Berufen hat die Mitglieder das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, bei dem die Antidiskriminierungsstelle des Bundes angesiedelt ist. Die Berufung erfolgt im Einvernehmen mit der Leitung der Antidiskriminierungsstelle sowie den zuständigen Beauftragten der Bundesregierung. Ihre Tätigkeit üben die Mitglieder des Beirates ehrenamtlich aus.

Dem Beirat gehören insgesamt 16 Vertreterinnen und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen sowie Expertinnen und Experten in Benachteiligungsfragen an. Sieben Mitglieder wurden aus den Reihen der bundesweiten Dachverbände und Vertretungen ernannt, die zu verschiedenen Diskriminierungsmerkmalen aktiv sind. Dabei wurden mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auch die Tarifpartner berücksichtigt. Sieben weitere Plätze wurden an ausgewiesene Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden vergeben, zwei Plätze gingen an die Länder und Kommunen.

Die Mitglieder des Beirats der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sind:

- Prof. Dr. Wolfgang Benz, Zentrum für Antisemitismusforschung
- Annelie Buntenbach, Deutscher Gewerkschaftsbund
- Manfred Bruns, Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V.
- Florencio Chicote, Antidiskriminierungsverband Deutschland
- Dr. Ezhar Cezairli, Deutsche Islamkonferenz
- Mareike Coppi, Human Resource Management
- Sabine Drees, Deutscher Städtetag

- Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas, Bundesakademie für Kirche und Diakonie
- Dr. Barbara John, ehemalige Ausländerbeauftragte des Berliner Senats
- Walter Link, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V.
- Christine Morgenstern, Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz
- Martina Puschke, Deutscher Behindertenrat
- Prof. Dr. Sibylle Raasch, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Hamburg
- Brunhilde Raiser, Deutscher Frauenrat
- Romani Rose, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- Roland Wolf, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Quelle: Pressemeldung des Bundesfamilienministeriums (www.bmfsfj.de) vom 26.10.2007

Impressum

dbb Frauenvertretung Hessen
Tel.: 0 61 52 / 5 93 99

Helene-Stöcker-Str. 12, 64 521 Groß-Gerau
Fax: 0 61 52 / 9 41 91 20

Internet: www.dbb-frauen-hessen.de

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Ute Wiegand-Fleischhacker

E-Mail: vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de